



Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.

„UberEats“ startet in der Romandie

Die Behörden müssen das Ausbeutungs-Modell von Uber stoppen

Medienkonferenz: Mittwoch, 14. November 2018, 9.30 Uhr, Sekretariat der Gewerkschaft Unia, 5, chemin Surinam, Genève.

Sehr geehrte Medienschaffende,

Der US-Konzern Uber hat am 6. November bekanntgegeben, dass er in den kommenden Tagen seinen Service „UberEats“ in Genf und Lausanne lancieren will. Dafür will Uber in den nächsten Wochen 200 Kurier/innen rekrutieren. Diesen soll jedoch die Anerkennung als Angestellte verweigert werden.

Uber bleibt also seinem Geschäftsmodell treu, das auf Lohndumping und der Nicht-Anerkennung der Arbeitnehmerrechte seiner Angestellten basiert. Der Konzern will mit seinem neuen Angebot der Lebensmittelzustellung ein neues Geschäftsfeld erobern. Wie die Uber-Taxifahrer/innen sollen auch die Kurier/innen von „UberEats“ ohne Unfallversicherung auf die Strasse geschickt werden. Uber verweigert auch die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge (Altersvorsorge, Arbeitslosenversicherung).

Die Gewerkschaft Unia verlangt von den Genfer Behörden zu verhindern, dass Uber in einer neuen Branche Fuss fasst, indem das Unternehmen die geltenden Gesetze umgeht. Die Unia fordert zudem den Bundesrat auf, konkrete Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden von Plattformen zu ergreifen, die sie nicht als Angestellte anerkennen wollen.

An der Medienkonferenz stellt die Unia ihre Forderungen und Vorschläge vor, die an die Genfer und nationalen Behörden gerichtet werden.

Für Rückfragen:

Philipp Zimmermann, Mediensprecher Unia

Unia Genf, 13.11.2018.

Unia Genf > Uber. Konzession. Unia Genf, 2018-11-13